

Die Denkschrift „Wehrbeitrag und christliches Gewissen“.  
Eine Zäsur im Ringen um die protestantische Debattenhoheit  
in der Wiederbewaffnungsdebatte

*Hendrik Meyer-Magister*

Am 19. Februar 1952 machte der Wiesbadener Kurier mit der Schlagzeile auf: „Evangelische Bischöfe warnen vor Waffenlosigkeit“<sup>1</sup>. Der Artikel stellte die wesentlichen Eckpunkte der Denkschrift „Wehrbeitrag und christliches Gewissen“ vor, die kurz zuvor vom Leiter der Evangelischen Akademie Bad Boll, Pfarrer Eberhard Müller, an die Presse gegeben worden war<sup>2</sup>. Sie war von einer Reihe namhafter protestantischer Persönlichkeiten unterzeichnet und beschäftigte sich mit der Frage, wie sich die westdeutschen Protestantinnen und Protestanten zu einer möglichen Wiederbewaffnung der Bundesrepublik verhalten sollten<sup>3</sup>. Anfang 1952 war diese eine konkrete politische Option, denn im Rahmen der Überlegungen zur Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) stand im Raum, dass bewaffnete deutsche Soldaten im Kalten Krieg zur Verteidigung Westeuropas beitragen könnten. Die Adenauerregierung war Anfang der 1950er Jahre bestrebt, die junge Bundesrepublik durch einen eigenen Beitrag zu einem westlichen Verteidigungsbündnis fest im Westen zu integrieren und dafür größere politische Souveränität zu erhalten. Schließlich wurde am 26. Mai 1952 in Paris der Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sowie der sogenannte Deutschlandvertrag unterzeichnet. Auch wenn die Pläne für eine EVG schließlich an der Ratifizierung durch das französische Parlament scheiterten und die Bundesrepublik in der Folge der NATO beitrug<sup>4</sup>, fielen die Würfel für die bundesrepublikanische

---

1 *Evangelische Bischöfe warnen vor Waffenlosigkeit*. Theologen sehen keine Weisung gegen Wehrbeitrag. In: Wiesbadener Kurier. Nr. 42 vom 19.2.1952, 1.

2 Vgl. Pressemitteilung von Eberhard Müller zu „Wehrbeitrag und christliches Gewissen“ vom 15.2.1952 (Archiv der Evangelischen Akademie Bad Boll [EABB] AZ 90-3).

3 Vgl. *Wehrbeitrag und christliches Gewissen*. In: KJ 79 (1952), 14–17.

4 Vgl. dazu: *Wolfrum*, Edgar: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart (bpb Schriftenreihe 641). Bonn 2007, 101, 109–113.

Wiederbewaffnung und Westintegration damit in der ersten Hälfte des Jahres 1952 – genau zu dem Zeitpunkt, als die Denkschrift „Wehrbeitrag und christliches Gewissen“ das Licht der Öffentlichkeit erblickte und von protestantischer Seite um Unterstützung für den West- und Wiederbewaffnungskurs Adenauers buhlte.

Der Artikel im Wiesbadener Kurier führte aus, dass „sämtliche Landesbischöfe im Bundesgebiet“<sup>5</sup> die Denkschrift unterzeichnet hätten. Das stimmte nicht: zwar hatten sehr viele Bischöfe – mit ihrem Amtstitel – unterschrieben, es fehlten jedoch die Bischöfe von Braunschweig und Eutin, und auch die Präsidien der rheinischen und westfälischen Kirche sowie der Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) waren nicht unter den Unterzeichnern<sup>6</sup>. Gerade angesichts der ungenauen Angabe konnte aber leicht der Eindruck entstehen, als unterstützte der westdeutsche Protestantismus als ganzer den Kurs der Regierung Adenauer hin zu Wiederbewaffnung und Westintegration der Bundesrepublik. Es schien geradezu, als handle es sich um eine kirchenoffizielle Verlautbarung. Dabei war die Denkschrift in einem sehr begrenzten Kreis um Müller herum erarbeitet worden, dem später sogenannten Kronberger Kreis<sup>7</sup>.

Im Folgenden möchte ich darlegen, dass die Denkschrift „Wehrbeitrag und christliches Gewissen“ nicht nur als ein protestantischer Beitrag zur Frage der bundesdeutschen Wiederbewaffnung zu verstehen ist, sondern auch als Element eines dabei mitgeführten protestantischen Diskurses darüber zu lesen ist, was eigentlich das Protestantische in der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft ausmachte, wer oder was es repräsentierte und wer legitimerweise im Namen des Protestantismus die Stimme zu gesellschaftlichen Fragestellungen erheben durfte.

Dazu werde ich zunächst die Debattenlage zu Wiederbewaffnung und Westintegration im bundesdeutschen Protestantismus zu Beginn der 1950er Jahre an wenigen, ausgewählten Beispielen skizzieren, bevor ich dann im zweiten Schritt einen Fokus auf das Engagement

---

5 Vgl. *Evangelische Bischöfe* (wie Anm. 1).

6 Vgl. auch: *Sauer*, Thomas: Westorientierung im deutschen Protestantismus. Vorstellung und Tätigkeit des Kronberger Kreises (Ordnungssysteme 2). München 1999, 101.

7 Vgl. *ebd.*, 78.

Müllers und des Kronberger Kreises bei der Erarbeitung der genannten Denkschrift legen will. In einem dritten Schritt werde ich versuchen, im analytischen Rückblick auf die Debatte die oben formulierte These zu verdeutlichen und damit die Debatte noch einmal hinsichtlich der übergeordneten Strukturen und größeren Zusammenhänge des Protestantismus zu Beginn der 1950er Jahre einzuordnen<sup>8</sup>.

Es ist es eine eingespielte Unterscheidung, in Hinsicht auf den Nachkriegsprotestantismus von einem als links apostrophierten bruderrätlichen Flügel und einem konservativ genannten lutherischen Flügel zu sprechen<sup>9</sup>. So sehr diese Unterscheidung natürlich verkürzt und schematisiert<sup>10</sup>, ist sie dennoch ein hilfreiches heuristisches Werkzeug, die Debatten zu ordnen und soll im Folgenden zu Grunde gelegt werden.

#### 1. Die Debatte um die Wiederbewaffnung im westdeutschen Protestantismus bis 1952

Bei der Gründung der Bundesrepublik stand die Frage einer Wiederbewaffnung des neuen westdeutschen Staates noch nicht auf der

---

8 Der Artikel präsentiert Ergebnisse meiner Forschungsarbeiten in der DFG-Forschergruppe 1765 zur Frage des protestantischen Engagements für die Kriegsdienstverweigerung in der frühen Bundesrepublik. Die Arbeiten wurden 2017 abgeschlossen und sind ausführlich publiziert in: *Meyer-Magister*, Hendrik: Wehrdienst und Verweigerung als komplementäres Handeln. Individualisierungsprozesse im bundesdeutschen Protestantismus der 1950er Jahre (RBRD 7). Tübingen 2019.

9 Vgl. etwa: *Lepp*, Claudia: Hat die Kirche einen Öffentlichkeitsauftrag? Evangelische Kirche und Politik seit 1945. In: Landmesser, Christoph / Popkes, Enno Edzard (Hg.): Kirche und Gesellschaft. Kommunikation – Institution – Organisation (Veröffentlichungen der Rudolf-Bultmann-Gesellschaft für Hermeneutische Theologie). Leipzig 2016, 107–130, hier: 111; und *Doering-Manteuffel*, Anselm: Die Kirchen und die EVG. Zu den Rückwirkungen der Wehrdebatte im westdeutschen Protestantismus und Katholizismus auf die politische Zusammenarbeit der Konfession. In: Volkmann, Hans-Erich / Schwengler, Walter (Hg.): Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung (Militärsgeschichte seit 1945 7). Boppard a. Rh. 1985, 317–335, hier: 322–324.

10 Vgl. *Silomon*, Anke: Verantwortung für den Frieden. In: *Lepp*, Claudia / Nowak, Kurt (Hg.): Evangelische Kirche im geteilten Deutschland (1945–1989/90). Göttingen 2001, 135–160, hier: 137.

Agenda des Protestantismus. Andere Themen, etwa das Religionsverfassungsrecht, dominierten die Versuche, auf die Verfassung des sich neu konstituierenden Staatswesens Einfluss zu nehmen<sup>11</sup>. Auch für die Väter und Mütter des Grundgesetzes war eine Wiederbewaffnung Westdeutschlands wohl noch keine konkret denkbare Option. Dass sie mit der Verankerung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung bereits eine spätere Wiederbewaffnung der Bundesrepublik in den Blick nahmen und diese – gewissermaßen *ex negativo* – anbahnten, wird zwar bisweilen argumentiert<sup>12</sup>, erscheint aber doch eher unwahrscheinlich, nicht zuletzt, weil zu diesem frühen Zeitpunkt die Westalliierten im Zuge der Entmilitarisierung Deutschlands keinerlei Veranlassung sahen, dem neuen Staat auf westdeutschem Boden gleich wieder eigene militärische Kräfte zuzugestehen<sup>13</sup>.

Gleichwohl reiften um 1950 wieder erste Überlegungen in den USA und Großbritannien, im aufkeimenden Kalten Krieg auch westdeutsche Soldaten und Armeeeinheiten zur Verteidigung Westeuropas einzusetzen<sup>14</sup>. Auch in Deutschland wurden insbesondere von ehemaligen Militärs klandestine Pläne gemacht, wie eine westdeutsche Wiederbewaffnung gestaltet werden könnte<sup>15</sup>. Konrad Adenauer selbst gab am 3. Dezember 1949 der amerikanischen

---

11 Vgl. *Oelke*, Harry: Die Kirchen und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland. In: Elvert, Jürgen / Krüger, Friederike (Hg.): Deutschland 1949–1989. Von der Zweistaatlichkeit zur Einheit (HMRG 49). Stuttgart 2002, 168–189, hier: 186–188; und *Anselm*, Reiner: Verchristlichung der Gesellschaft? Zur Rolle des Protestantismus in den Verfassungsdiskussionen beider deutscher Staaten 1948/49. In: Kaiser, Jochen-Christoph / Doering-Manteuffel, Anselm (Hg.): Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland. Stuttgart 1990, 63–87, hier: 67.

12 Vgl. etwa: *Janning*, Heinz: Recht auf Kriegsdienstverweigerung? Historisch-politisches zum Artikel 4 Absatz 3 Grundgesetz. In: Ders. u. a. (Hg.): Kriegs- / Ersatzdienst-Verweigerung in Ost und West. Essen 1990, 16–45, hier: 28–30 und 34.

13 Vgl. *Wettig*, Gerhard: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943–1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle Deutschlands in Europa (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. 25). München 1967, 234.

14 Vgl. *Wolfrum*, Demokratie (wie Anm. 4), 108.

15 Vgl. *Schubert*, Klaus von: Wiederbewaffnung und Westintegration. Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950–1952 (VZG.S 20). Stuttgart 1970, 19.

Tageszeitung *The Cleveland Plain Dealer* ein Aufsehen erregendes Interview, in dem er erwog, sich an einer europäischen Verteidigungsarmee mit bundesdeutschen Kräften zu beteiligen<sup>16</sup>. Dafür erntete er in der deutschen Öffentlichkeit wie auch im Bundestag massive Kritik und musste klarstellen, dass er selbstverständlich grundsätzlich eine deutsche Wiederbewaffnung und Armee ablehnte<sup>17</sup>. Erst der Koreakrieg 1950 enttabuisierte mit einem Schlag einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag und machte eine mögliche Wiederaufrüstung über Nacht zum wichtigsten politischen Thema, um gegen die nun deutlich wahrgenommene Aggression des Ostblocks gewappnet zu sein<sup>18</sup>. Adenauer nutzte die Chance und erneuerte in zwei Memoranden sein Angebot an die Alliierten, zu einer westeuropäischen Verteidigungsarmee deutsche Kontingente beizusteuern, wenn dies mit höherer außenpolitischer Souveränität der Bundesrepublik verbunden sei, während Frankreich wiederum mit dem Pleven-Plan versuchte, größere deutsche Einheiten mit eigenem Kommando im Rahmen der europäischen Verteidigung zu verhindern<sup>19</sup>.

### 1.1 Die linksprotestantische Kritik an der Adenauerpolitik

Die veränderte Debattenlage seit dem *Plain Dealer*-Interview Adenauers brachte die Frage der Wiederbewaffnung und Westintegration der Bundesrepublik nun auch auf die Agenda des Protestantismus, berührte sie doch nicht zuletzt dessen zentrales Anliegen in der Nachkriegszeit: die deutsche Wiedervereinigung<sup>20</sup>. Schließlich verstand sich gerade die evangelische Kirche als gesamtdeutsche Klamm-

---

16 Vgl. *Kopp, Fritz*: Chronik der Wiederaufrüstung in Deutschland. Daten über Polizei und Bewaffnung 1945–1958 – Rüstung der Sowjetzone – Abwehr des Westens. Köln 1958, 48.

17 Vgl. *Hoeth, Lutz*: Die Wiederbewaffnung Deutschlands in den Jahren 1945–1958 und die Haltung der Evangelischen Kirche. Norderstedt 2008, 118–122.

18 Vgl. *Klessmann, Christoph*: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955. Göttingen 1991, 230f.

19 Vgl. *Wolfrum, Demokratie* (wie Anm. 4), 109–112.

20 Vgl. dazu: *Lepp, Claudia*: Tabu der Einheit. Die Ost-West-Gemeinschaft der evangelischen Christen und die deutsche Teilung (1945–1969) (AKIZ B 42), hier bes.: 206–218; und *Doering-Manteuffel, Kirchen* (wie Anm. 9), 318.

mer, die beanspruchte, beide deutsche Teilstaaten noch zu verbinden<sup>21</sup>. Es war Martin Niemöller, die führende Gestalt der Bekennenden Kirche vor 1945 und nun Kirchenpräsident der EKHN, der die Debatte eröffnete und Adenauer unmittelbar widersprach. Als Galionsfigur des kirchlichen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und Leiter des Außenamtes der EKD war der Theologe in den ersten Nachkriegsjahren geradewegs zum Gesicht des deutschen Protestantismus in der Welt geworden und avancierte nun zum wichtigsten Gegner der Wiederaufrüstungspläne<sup>22</sup>.

Niemöller nutzte ebenfalls eine amerikanische Tageszeitung, die New York Herald Tribune, die am 14. Dezember 1949 ein Interview seiner Deutschlandkorrespondentin mit ihm veröffentlichte. Darin legte Niemöller seine fundamentale Opposition zur politischen Linie der Adenauerregierung dar. Statt Wiederbewaffnung und Westintegration der Bundesrepublik schlug er vor, Gesamtdeutschland unter die neutrale Verwaltung der Vereinten Nationen zu stellen. Niemöller äußerte gar die Einschätzung, der Wunsch der Deutschen, zusammenzuleben, sei – wie in einer Familie – so stark, dass sie im Zweifel lieber gemeinsam unter kommunistischer Herrschaft als in zwei getrennten deutschen Staaten leben wollten<sup>23</sup>.

Die Position Niemöllers speiste sich also zu diesem frühen Zeitpunkt nicht aus einer Haltung grundsätzlichen Pazifismus<sup>4</sup>, zu dem der frühere U-Boot-Kommandant erst im Laufe der 1950er Jahre finden sollte<sup>24</sup>. Es wird vielmehr deutlich, wie sehr Niemöller vom Leitbild der Wiedervereinigung Deutschlands her argumentierte und letztlich auch aus einem nationalen Motiv heraus dachte:

---

21 Vgl. *Henkys*, Reinhard: Die Evangelische Kirche in Deutschland als gesamtdeutsche Institution. In: Siegele-Wenschkewitz, Leonore (Hg.): Die evangelischen Kirchen und der SED-Staat – ein Thema kirchlicher Zeitgeschichte (ArTe 77). Frankfurt a. M. 1993, 78–99, hier bes.: 81.

22 Vgl. *Geppert*, Dominik: Die Ära Adenauer. Darmstadt 32012, 94.

23 Vgl. *Higgins*, Marguerite: Niemöller for United Reich? Even if it's red (1949). In: Deutsches Pfarrerblatt 50 (1950), 115.

24 Vgl. dazu: *Heymel*, Michael: Martin Niemöller. Vom Marineoffizier zum Friedenskämpfer. Darmstadt 2017, 215–223; und *Wette*, Wolfram: Seiner Zeit voraus. Martin Niemöllers Friedensinitiativen (1945–1955). In: Bald, Detlef / Wette, Wolfram (Hg.): Friedensinitiativen in der Frühzeit des Kalten Krieges 1945–1955 (Frieden und Krieg – Beiträge zur Historischen Friedensforschung 17). Essen 2010, 227–229 und 238–240.

Deutsche sollten nicht in zwei getrennten Staaten leben müssen – die er zudem in einem Brief an seinen Freund Gustav Heinemann kurz nach dem Interview als „Pseudostaaten“<sup>25</sup> bezeichnete. Deutsche sollten schon gar nicht in einem Krieg auf beiden Seiten der Front gegeneinander kämpfen müssen, wie Niemöller später in einer Erklärung zu seinem Interview präzisierte<sup>26</sup>. In der Tat war ein drohender sogenannter Bruderkrieg allen deutschen Protestantinnen und Protestanten ein Graus und ein starker Beweggrund, Skepsis gegen die Aufstellung bewaffneter Verbände auf beiden Seiten der deutsch-deutschen Grenze anzumelden<sup>27</sup>.

Dazu kam noch ein konfessionelles Motiv für die Opposition gegen die Pläne der Adenauerregierung, das in Niemöllers Higgins-Interview klar hervortritt. Die Kriegsniederlage bedeutete für den deutschen Protestantismus auch eine „konfessionspolitische Niederlage. Weite Teile der mehrheitlich protestantischen Gebiete jenseits von Oder und Neiße waren verloren gegangen.“<sup>28</sup> Zum ersten Mal in der Geschichte fand sich der westdeutsche Protestantismus in einem deutschen Staat mit annähernd paritätischen Konfessionsverhältnissen wieder<sup>29</sup>. Der Kurs Adenauers, der darauf zielte, die Bundesrepublik durch die Verankerung im Westen zu stabilisieren<sup>30</sup>, gefährdete daher die baldige Wiedervereinigung und damit die Vormachtstellung des deutschen Protestantismus. Gerade diese Sorge ließ Niemöller keine Ruhe, so dass er sich im Higgins-Interview zu der berühmt gewordenen Formulierung verstieg, die gegenwärtige deutsche Regierung sei „conceived in the Vatican and born in

---

25 *Brief Martin Niemöllers an Gustav Heinemann* (o. D.). In: KJ 76 (1949), 250–253, hier: 252.

26 Vgl. *Erklärung Martin Niemöllers vom 20.12.1949*. In: KJ 76 (1949), 242f.

27 Vgl. etwa: *Was kann die Kirche für den Frieden tun?* In: KJ 77 (1950), 7–10.

28 *Oelke*, Kirchen (wie Anm. 11), 177.

29 Vgl. *Greschat*, Martin: Die Kirchen in den beiden deutschen Staaten nach 1945. In: Ders.: *Protestanten in der Zeit. Kirche und Gesellschaft vom Kaiserreich bis zur Gegenwart*. Hg. v. Jochen-Christoph Kaiser. Stuttgart / Berlin / Köln 1994, 180–200, hier: 184.

30 Vgl. *Wolfrum*, Edgar: Konrad Adenauer: Politik und Vertrauen. In: Möller, Frank (Hg.): *Charismatische Führer der deutschen Nation*. München 2004, 171–191, hier: 172.

Washington. The continuance of the West German State means the death of Continental Protestantism.”<sup>31</sup>

Auch wenn Niemöller sich ähnlich wie zuvor Adenauer einer breiten Front des Widerspruchs gegen seine Thesen ausgesetzt sah und mehrfach erklären musste<sup>32</sup>, blieb er in der Sache aktiv. Unmittelbar unter dem Eindruck der Sicherheitsmemoranden Adenauers im Jahr 1950 lud er junge Mitglieder der Bekennenden Kirche zu einem Treffen nach Darmstadt ein. Am 3. und 4. Oktober 1950 wollte man über die Wiederbewaffnung und die Kriegsdienstverweigerung beraten. Das Treffen wurde organisiert von Niemöllers engem Vertrauten Pfarrer Herbert Mochalski, der während Niemöllers Inhaftierung im Nationalsozialismus ab 1941 dessen Pfarrstelle in Berlin-Dahlem vertreten hatte und nun in Darmstadt Studentenpfarrer und Herausgeber der linksprotestantischen Zeitschrift *Stimme der Gemeinde* war<sup>33</sup>.

Im Ergebnis des Treffens wurde eine sogenannte Handreichung an die Gemeinden zur Wiederaufrüstung veröffentlicht, die als Flugblatt unter dem Titel „An die Gewehre? Nein!“ verbreitet wurde<sup>34</sup>. Die Handreichung sprach ein klares Veto zu den Wiederbewaffnungsplänen der Bundesregierung aus<sup>35</sup>. Ganz konkret auf die Pläne Adenauers und der Westalliierten gemünzt hieß es: „Deutschland darf [...] nicht den Versuch machen, gegen die Bereitstellung von Truppen neue Souveränitätsrechte einzutauschen.“<sup>36</sup> Die

---

31 *Higgins*, Niemöller (wie Anm. 23).

32 Vgl. dazu: *Lauxmann*, Lydia: Angenommene Verantwortung. Wie die EKD registriert, dass sie politisch Einfluss nimmt. In: Albrecht, Christian / Anselm, Reiner (Hg.): *Aus Verantwortung. Der Protestantismus in den Arenen des Politischen* (RBRD 3). Tübingen 2019, 13–34, hier: 14–17; und *Meyer-Magister*, Wehrdienst (wie Anm. 8), 132f.

33 Vgl. *Buchstädt*, Diethard: *Kirche für die Welt. Entstehung, Geschichte und Wirken der kirchlichen Bruderschaften im Rheinland und in Württemberg 1945–1960* (SVRKG 131). Köln 1999, 145–149.

34 Vgl. *Mochalski*, Herbert (Hg.): *An die Gewehre? Nein! Darmstadt 1950*. Der eigentliche Text der Handreichung geht auf ein Referat des Theologen Paul Schempp auf dem Treffen zurück (Vgl. *Buchstädt*, *Kirche* [wie Anm. 33], 149).

35 Vgl. *Handreichung an die Gemeinden zur Wiederaufrüstung vom 4.10.1950*. In: KJ 79 (1952), 169–174.

36 *Ebd.*, 171.

Deutschen stünden stattdessen im Kampf der Machtblöcke in der Mitte und täten gut daran, sich nicht der einen oder anderen Seite anzudienen, sondern demütig Gottes Urteil über das kriegführende deutsche Volk anzuerkennen sowie auf seinen Erhaltungswillen zu vertrauen, anstatt ihr Heil und ihre Sicherheit bei fremden, weltlichen Mächten zu suchen. Rüstung führe nur zu Krieg und würde Deutschland letztlich ganz vernichten<sup>37</sup>. Die evangelischen Pfarrer wurden aufgerufen, „die Gewissen zu unterrichten und zu stärken“<sup>38</sup>, denn die Entscheidung über eine Remilitarisierung sei so folgenreich, dass sie nicht einfach der Regierung überlassen werden könne<sup>39</sup>. Die einzelnen Christen rief die Handreichung auf, im Zweifel vom Recht auf Kriegsdienstverweigerung Gebrauch zu machen. Dies sei die einzig wahre Option, sich individuell zur Wiederbewaffnung zu verhalten, denn niemand könne „bei der Teilnahme an diesem Krieg der Weltmächte ein gutes Gewissen haben.“<sup>40</sup>

Auf dem Flugblatt waren der eigentlichen Handreichung zwei offene Briefe an den Bundeskanzler beigelegt, einer davon persönlich von Niemöller unterschrieben. Darin zweifelte er in scharfem Ton das Mandat der Bundesregierung an, ohne Volksbefragung über eine Wiederbewaffnung entscheiden zu können, witterte einen, so wörtlich, „Volksbetrug“<sup>41</sup> und forderte Neuwahlen<sup>42</sup>. Als Autoren des anderen Briefes wie auch der Handreichung selbst werden auf dem Flugblatt sogenannte Vertreter der Bruderschaften der Bekennenden Kirche angeführt<sup>43</sup>. Diese Bezeichnung erinnert deutlich an die Bruderräte der Bekennenden Kirche im Nationalsozialismus und auch an den späteren Bruderrat der EKD, also an die institutionelle Leitungsstruktur der Bekennenden Kirche, die trotz Gründung der EKD in Treysa 1946 bewusst und parallel weitergeführt wurde und

---

37 Vgl. *ebd.*, 169–171.

38 *Ebd.*, 169.

39 Vgl. *ebd.*

40 Vgl. *ebd.*, 171f., Zitat: 172.

41 Niemöller, Martin: Offener Brief an Konrad Adenauer vom 4.10.1950. In: Mochalski, Gewehre (wie Anm. 34), 7.

42 Vgl. *ebd.*

43 Vgl. Offener Brief von Vertretern der Bruderschaften der Bekennenden Kirche an Konrad Adenauer vom 4.10.1950. In: Mochalski, Gewehre (wie Anm. 34), 8.

als deren Geschäftsführer ebenfalls Mochalski fungierte<sup>44</sup>. Dass es sich beim Treffen in Darmstadt im Oktober 1950 aber nicht um ein offizielles Treffen etwa der Landesbruderräte handelte, wird schon dadurch angezeigt, dass diese im Vorfeld zwar mit der Bitte angeschrieben wurden, die jungen Teilnehmenden finanziell zu unterstützen, ihre Vorsitzenden aber selbst gerade nicht eingeladen wurden<sup>45</sup>.

Laut Namensliste waren 52 Pfarrer persönlich eingeladen. Bei 24 Personen vermerkte Mochalski eine Zusage<sup>46</sup>. Dazu kamen 38 Pfarrer, die eigentlich am zeitgleich tagenden Pfarrkonvent der EKHN teilnahmen, aber durch Pfarrer Ludwig Marx für die Tagung Mochalskis und Niemöllers angemeldet wurden, um nicht den Anschein einer Parallelveranstaltung zu erwecken<sup>47</sup>. Dabei bemühte sich Marx zu betonen, man wolle „nur Gäste sein“<sup>48</sup>. Auf der handschriftlichen Anwesenheitsliste des Treffens finden sich so schließlich 60 Namen, wovon gut zwei Drittel Mitglieder des Pfarrkonvents waren<sup>49</sup>. Als kurz darauf die Zeitschrift *Junge Kirche* die offenen Briefe Niemöllers und der Vertreter der Bruderschaften publizierte<sup>50</sup>, fanden sich dort wiederum 38 namentliche Unterzeichner<sup>51</sup>. Legt man diese Liste neben die Anmeldungs- und Anwesenheitslisten des Treffens, wird deutlich, dass erstens längst nicht alle der 60 Teilnehmenden des Treffens den Brief auch namentlich unterschrieben und dass sich zweitens die klar zuordbaren Unterschriften gut hälftig auf beide anwesenden Gruppen verteilten. Letztlich standen so hinter der Autorenbezeichnung Vertreter der Bruderschaften der Bekennenden Kirche am Ende nicht etwa der Bruderrat der EKD oder die Landesbruderräte, sondern ein recht

---

44 Vgl. dazu: *Meyer-Magister*, Wehrdienst (wie Anm. 8), 134–137.

45 Vgl. *Buchstädt*, Kirche (wie Anm. 33), 146f.

46 Vgl. Liste mit Einladungen und Zusagen für das Treffen am 3./4.10.1950 (Zentralarchiv der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau 36, Nr. 24).

47 Vgl. Schreiben von Ludwig Marx an Herbert Mochalski vom 29.9.1950 (ZA EKHN 36, Nr. 24).

48 Ebd.

49 Vgl. Anwesenheitsliste des Treffens am 3./4.10.1950 (ZA EKHN 36, Nr. 24).

50 Vgl. *Junge Kirche* 11 (1950), 656–658.

51 Vgl. ebd., 658.

umgrenzter und eher zufälliger Kreis, der sich Anfang Oktober in Darmstadt traf – darunter ein hoher Anteil an regionalen Pfarrern.

Die Selbstbezeichnung als Bruderschaften der Bekennenden Kirche suggeriert hier eine breitere und institutionelle Basis der Handreichung zur Wiederaufrüstung. Bezeichnenderweise sorgte die Handreichung im Bruderrat selbst, der sich kurz zuvor ebenfalls ablehnend, aber insgesamt moderater zur Wiederbewaffnungsfrage geäußert hatte<sup>52</sup>, aus genau diesem Grund für deutliche Misstöne: der Unterschied zwischen der Darmstädter Gruppierung und dem Bruderrat sei für die Öffentlichkeit so gut wie nicht erkennbar<sup>53</sup>. Erschwerend kam hinzu, dass Mochalski die gemäßigtere Stellungnahme des Bruderrates ohne die Zustimmung von dessen Mitgliedern ebenfalls in das gedruckte Flugblatt aufnahm und so die Bruderschaften der Bekennenden Kirche noch näher an den Bruderrat heranrückte<sup>54</sup>.

Man darf vermuten, dass das kalkuliert geschah. Sicherlich schadete die undeutliche Benennung der Verbreitung und der öffentlichen Aufmerksamkeit des Flugblattes nicht. Aus dem Protestantismus gab es Zustimmung, aber auch breite Ablehnung<sup>55</sup>. Bemerkenswert ist vor allem, dass sich innerprotestantisch gar nicht so sehr inhaltlich mit der Handreichung auseinandergesetzt wurde, sondern es stattdessen eine intensive Debatte darüber gab, ob Niemöller mit seinen Äußerungen nun als einzelner Christ, als Theologe oder gar als Amtsträger der Kirche und damit auch für die Kirche und den Protestantismus an sich gesprochen habe bzw. ob er beanspruchen könne, in deren Namen zu sprechen – ein Problem, das schon im Zuge seines Higgins-Interviews virulent geworden war<sup>56</sup>. Viele Stimmen betonten, dass es sich weder um eine Verlautbarung der Bekennenden Kirche

---

52 Vgl. *Wort des Bruderrates der EKd zur Wiederaufrüstung*. In: KJ 77 (1950), 167f.

53 Vgl. *Vogel, Johanna: Kirche und Wiederbewaffnung. Die Haltung der Evangelischen Kirche in Deutschland in den Auseinandersetzungen um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland (AKIZ B 4)*. Göttingen 1978, 133–135. Diese Gleichsetzung findet sich bis in die Forschungsliteratur (Vgl. *Doering-Manteuffel, Kirchen* [wie Anm. 9], 325).

54 Vgl. *Mochalski, Gewehre* (wie Anm. 34), 5f.

55 Vgl. dazu: *Meyer-Magister, Wehrdienst* (wie Anm. 8), 151–156.

56 Vgl. *Lauermann, Verantwortung* (wie Anm. 32), 16., 23f. und 30–32.

noch der Evangelischen Kirchen in Deutschland handeln würde<sup>57</sup>. So teilte etwa der Landeskirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB) mit, die Äußerungen Niemöllers seien weder im Auftrag noch im Sinne der ELKB getätigt worden<sup>58</sup>. Schlussendlich sah sich gar der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Otto Dibelius, genötigt, Niemöller und diesen „private[n] Kreis von jüngeren Theologen“<sup>59</sup> wegen ihrer „bedauerliche[n] Entgleisung“<sup>60</sup> zu rügen und klarzustellen, dass hier allenfalls einzelne Christen gesprochen hätten, nicht aber die EKD oder die Bekennende Kirche<sup>61</sup>.

Eine weitere unmittelbare Folge der Handreichung war das Ausscheiden des engen Freundes Niemöllers und Präses der EKD-Synode Heinemann aus dem Amt des Innenministers der ersten Regierung Adenauers, das spätestens seit den Memoranden Adenauers zum westdeutschen Verteidigungsbeitrag im Raum stand. Im ohnehin zerrütteten Arbeitsverhältnis zwischen Kanzler und Minister war Heinemann nun endgültig nicht mehr haltbar<sup>62</sup>. Er versuchte in der Folge, die linksprotestantische Opposition zur Adenauerpolitik auch parlamentarisch Fuß fassen zu lassen. Aus der Notgemeinschaft für den Frieden Europas, die Heinemann 1952 zusammen mit der Zentrumspolitikerin Helene Wessel ins Leben rief, entstand bis zur Bundestagswahl 1953 die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP). Notgemeinschaft und GVP verstanden sich als deutschlandweite, überkonfessionelle Sammlungsbewegung der Wiederbewaffnungsgegner. Diesen Anspruch konnte sie allerdings nie einlösen, denn faktisch blieb das Spitzenpersonal stark vom rheinisch-westfälischen und hessischen Linksprotestantismus geprägt<sup>63</sup>. Auch wenn Heine-

---

57 Vgl. *Buchstädt*, Kirche (wie Anm. 33), 150–153.

58 Vgl. *Erklärung des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern*. In: KJ 77 (1950), 193.

59 *Dibelius*, Otto: Die Meinung der Kirche. In: KJ 77 (1950), 210–213, hier: 213.

60 *Ebd.*

61 Vgl. *ebd.*

62 Vgl. *Greschat*, Martin: Protestantismus im Kalten Krieg. Kirche, Politik und Gesellschaft im geteilten Deutschland 1945–1963. Paderborn 2010, 31f.; und *Koch*, Diether: Heinemann und die Deutschlandfrage. München 1972, 175.

63 Vgl. dazu: *Müller*, Josef: Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung, 1950–1957 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 92).

mann seine Zweifel an der Westintegration der Bundesrepublik mit dem Bonmot verständlich machen wollte, dass, wer nach Berlin wolle, nicht in einen Zug nach Paris steige, nur weil gerade kein Zug nach Berlin fahre<sup>64</sup>, verfiel das Anliegen der GVP in der Bevölkerung nicht. Der EVG-Vertrag machte ihr Anliegen faktisch obsolet und auch die öffentliche Meinung hatte sich gedreht: Die Mehrheit der Bundesbürgerinnen und -bürger stimmte mit dem West- und Wiederbewaffnungskurs Adenauers mittlerweile überein<sup>65</sup>. Die GVP scheiterte bei den Bundestagswahlen 1953 auf ganzer Linie, während Adenauer eine absolute Mehrheit erringen konnte<sup>66</sup>, mit der der Ratifizierung der Verträge im Bundestag nichts mehr im Wege stand.

## 1.2 Die lutherisch-konservative Unterstützung der Adenauerpolitik

Die skizzierte linksprotestantische Wiederbewaffnungs- und Westintegrationsopposition um Niemöller und Heinemann prägte die protestantische Debatte und die öffentliche Wahrnehmung des Protestantismus zu Beginn der 1950er Jahre. Aber nicht nur die öffentliche Meinung wandte sich zwischen 1950 und 1952 gegen sie. Im Protestantismus selbst erwuchs ihr eine mächtige Gegenstimme, die auf das Engste mit dem Wirken des Bad Bollener Akademiedirektors Müller verknüpft war.

Müllers Arbeit vor dem Zweiten Weltkrieg war maßgeblich durch die Deutsche Christliche Studentenvereinigung (DCSV) geprägt, deren Reisesekretär er ab 1932 war. Aus dieser Zeit stammte der Kontakt zu Reinhold von Thadden, der nach dem Zweiten Weltkrieg Initiator und erster Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages wurde, sowie zum späteren Hannoveraner Bischof Hanns Lilje. Nach dem Verbot der DCSV verschlug es Müller zurück in seine Geburtsstadt Stuttgart, wo er als Studentenpfarrer wirkte, bevor er

---

Düsseldorf 1990, 122–137 und 241–249; und *Flemming*, Thomas: Gustav W. Heinemann. Ein deutscher Citoyen. Essen 2014, 292f.

64 Vgl. *Heinemann*, Gustav: Der Weg zum Frieden und zur Einheit (1951). In: Deutsche Friedenspolitik. Reden und Aufsätze von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, Bundesminister a. D. Darmstadt 1952, 34–40, hier: 37.

65 Vgl. *Stöver*, Bernd: Deutschland im frühen Kalten Krieg. Handlungsspielräume der Politik 1945–1955. In: Bald / Wette, Friedensinitiativen (wie Anm. 24), 32.

66 Vgl. *Müller*, Volkspartei (wie Anm. 63), 320.

1940 zum Militärdienst eingezogen wurde. Nach dem Krieg gründete Müller in Bad Boll die erste Evangelische Akademie in Deutschland, deren Direktor er bis 1972 blieb. Er gilt als *spiritus rector* der Akademiebewegung nach dem Krieg. Mit von Thadden und Lilje verband Müller eine lebenslange intensive Freundschaft. Sie bildeten das Zentrum eines lutherisch-konservativen Netzwerks im deutschen Nachkriegsprotestantismus<sup>67</sup>.

Müller reagierte publizistisch auf die Darmstädter Handreichung und die offenen Briefe des dortigen Treffens aus dem Oktober 1950, indem er sich einerseits gegen den schrillen Ton verwahrte und andererseits die Ansprüche der Gruppe um Niemöller auf eine Volksbefragung und die individuelle Kriegsdienstverweigerung zurückwies<sup>68</sup>. Er attestierte den Linksprotestanten um Niemöller gar Demokratiefeindlichkeit, da sie die Entscheidungen der gewählten Regierung nicht akzeptieren wollten<sup>69</sup>.

Bald verlegte Müller sich aber auf eine andere Form der protestantischen Einflussnahme. Er lud den Kanzler am 5. November 1951 zu einem informellen Gespräch mit führenden Vertretern der Evangelischen Kirche nach Königswinter ein, wobei er ausgerechnet die beiden bekanntesten Köpfe der Linksprotestanten, Niemöller und Heinemann, aussparte. Wohl entgegen anderer Absprachen<sup>70</sup> veröffentlichte Müller einen Bericht über das Treffen: Die Darstellung der politischen Situation durch den Kanzler habe großen Eindruck gemacht und zur Zustimmung zu seinem Kurs unter den Kirchenvertretern geführt. Auch wenn Müller betonte, dass es kein offizielles Treffen der Kirche mit dem Kanzler gewesen sei<sup>71</sup>, sondern man sich

---

67 Vgl. Hoppe, Sabrina: Der Protestantismus als Forum und Faktor. Sozialethische Netzwerke im Protestantismus der frühen Bundesrepublik (RBRD 2). Tübingen 2019, 54–67. Bei Hoppe findet sich auch eine ausführliche Aufarbeitung dieses Netzwerkes und der Abgrenzung zum Linksprotestantismus (Vgl. *ibd.*, 93–214).

68 Vgl. Müller, Eberhard: Hat Niemöller recht? In: Deutsches Pfarrerblatt 50 (1950), 656–659; ders.: Traf Niemöller ins Schwarze? In: Die neue Furche 4 (1950), H. 28, 2–6.

69 Vgl. ders.: Restauration der Ungeduld. In: Die neue Furche 5 (1951), 329–331.

70 Vgl. Vogel, Wiederbewaffnung (wie Anm. 53), 165.

71 Vgl. Müller, Eberhard: Politik heißt Verwirklichung. Zum Gespräch Adenauers mit den Kirchenführern. In: Die Neue Furche 5 (1951), 803–805.

lediglich „zwanglos bei Kaffee und Gebäck“<sup>72</sup> unterhalten hätte, war der „daraufhin ausbrechende Sturm innerhalb der evangelischen Kirche [...] durchaus vergleichbar mit dem, was sich im Herbst 1950 nach der Veröffentlichung der Flugschrift ‚An die Gewehre? Nein!‘ abgespielt hatte.“<sup>73</sup> Der rheinische Präses Heinrich Held, ein Freund und Sympathisant Niemöllers, der anders als dieser auf dem Treffen zugegen war, verwahrte sich gegen den Eindruck, es habe vor allem Zustimmung zu Adenauers Politik gegeben. Insbesondere Dibelius habe sehr kritische Fragen gestellt, sodass von einer Zustimmung gar der EKD zu Adenauers Politik keine Rede sein dürfe<sup>74</sup>. Wie gut ein Jahr zuvor gegenüber Niemöller teilte nun der Ratsvorsitzende auch Müller seine Missbilligung darüber mit, dass dieser im Nachgang des Gesprächs von Königswinter den Eindruck erweckt habe, es handle sich um eine gesamtkirchliche Zustimmung zur Regierungspolitik<sup>75</sup>.

## 2. Die Denkschrift „Wehrbeitrag und christliches Gewissen“

Als Müller im November 1951 nach Königswinter einlud, liefen im Hintergrund längst die Vorbereitungen zur Gründung eines lutherisch-konservativen Zirkels aus führenden protestantischen Theologen, Kirchenvertretern und Laien mit dem Ziel, dieser protestantischen Strömung politisch größeren Einfluss zu sichern. Müller plante, Protestanten in gesellschaftlichen Führungspositionen zusammenzubringen und ging dabei von der Beobachtung aus, dass diese keinen Ort hätten, an dem ihre protestantische Identität im Hinblick auf die spezifischen Fragestellungen, die ihre hohe gesellschaftliche Verantwortung mit sich brächte, Raum fände<sup>76</sup>. Über die Mitglieder dieses

---

72 *Ebd.*, 803.

73 *Vogel*, *Wiederbewaffnung* (wie Anm. 53), 165.

74 Vgl. *Held*, Heinrich: Über das Gespräch von Königswinter. In: *Kirche in der Zeit* 7 (1952), 21f.

75 Brief von Otto Dibelius an Eberhard Müller vom 13.12.1951. In: Pöpping, Dagmar (Hg.): *Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland 5: 1951* (AKIZ A 8). Göttingen 2005, 480–482.

76 Vgl. *Sauer*, Thomas: Müllers Mitarbeit im Kronberger Kreis. In: Daur, Albrecht / Schubert, Christoph (Hg.): *Eberhard Müller. Bestand hat, was im lebendigen Menschen weiterwirkt. Symposium zum 90. Geburtstag von D. Dr. Eberhard Müller zur Aktualität seines Denkens am 22.9.1996*. Graf-schaft 1997, 53–58, hier: 54.

Kreises sollten protestantische Ideen und Vorstellungen in die Gesellschaft getragen werden<sup>77</sup>. Die Runde traf sich zum ersten Mal im November 1951 in Frankfurt am Main. Neben Lilje, von Thadden und Müller nahmen handverlesene Protestanten teil, u. a. der Systematische Theologie Helmut Thielicke oder der Präsident des Bundesgerichtshofs Heinrich Weinkauff<sup>78</sup>. Man verstand sich von vornherein als innerprotestantischer Gegenpol zum Linkprotestantismus, wie ihn Niemöller und Heinemann öffentlich vertraten<sup>79</sup>. Angesichts der gesamtgesellschaftlichen Diskussionen wurde schnell klar, dass der erste Versuch, politischen Einfluss geltend zu machen, der Frage der Westintegration und Wiederbewaffnung gelten müsse<sup>80</sup>.

Basierend auf einem ersten Entwurf Weinkauffs berieten die Mitglieder des Kreises um die Jahreswende 1951/52 intensiv über den Text der Denkschrift „Wehrbeitrag und christliches Gewissen“, den Müller schließlich zunächst am 20. Januar 1952 an den Rat der EKD schickte<sup>81</sup>. In der dann im Februar öffentlich präsentierten Fassung widersprach die Denkschrift ganz klar der Forderung der linksprotestantischen Opposition, eine Volksabstimmung oder gar Neuwahlen angesichts der Frage der westdeutschen Wiederbewaffnung abzuhalten. Ganz im Sinne der hergebrachten lutherischen Ordnungstheologie sowie der Theorie der zwei Regierweisen Gottes sei es Aufgabe der gottgewollten staatlichen Ordnung, das Gemeinwesen auch unter Einsatz von Polizei und Heer zu schützen und zwar solange, wie „sie diese Machtmittel im Dienste des Rechtes und zur Abwehr des Unrechts verwenden“<sup>82</sup>. Damit sei es Aufgabe der zuständigen politischen Organe – also letztlich der gewählten Bundesregierung –, über die Aufstellung von bewaffneten Verbänden im Rahmen einer westeuropäischen Verteidigungsarmee zu beraten und diese unter Umständen auch zu beschließen. Daran ändere auch die besondere

---

77 Vgl. Müller, Eberhard: Evangelische Zusammenarbeit (1951) (Archiv EABB AZ 90-3), hier: 4.

78 Vgl. Teilnehmerliste der Frankfurter Besprechung am 26./27.11.1951 (Archiv EABB AZ 90-3).

79 Vgl. Sauer, Westorientierung (wie Anm. 6), 80.

80 Vgl. *ebd.* 77f.

81 Vgl. dazu: *ebd.*, 93–101; und Meyer-Magister, Wehrbeitrag (wie Anm. 8), 204–211.

82 *Wehrbeitrag und christliches Gewissen* (wie Anm. 3), 15.

Situation Deutschlands nach dem selbstverursachten und verlorenen Krieg nichts<sup>83</sup>. Die theologischen Interpretationen der Nachkriegssituation der Deutschen, wie sie insbesondere im Flugblatt „An die Gewehre? Nein!“ vorgetragen worden waren, wurden in der Denkschrift als nicht zutreffend markiert: Zwar wolle Gott zweifelsfrei den Frieden erhalten und stärken und erwarte auch, dass Christinnen und Christen dem Frieden dienten<sup>84</sup>, das erfordere „aber nicht zugleich die Bereitschaft selbst dauernd waffenlos zu sein; denn schon oft hat die Waffenlosigkeit derer, denen es mit Recht und Frieden ernst war, die Kriegsgefahr erhöht, sobald wehrlose Räume zum Zugriff verlocken“<sup>85</sup>. Vielmehr hieße es sogar,

„den Weg einer selbstgewählten, nicht von Gott befohlenen Buße gehen, wollten wir sagen, es sei unserem Volk [...] verwehrt, gemeinsam mit anderen Völkern diese und uns, den Frieden und das Recht vor einer erneuten Bedrohung durch die nackte Gewalt zu schützen.“<sup>86</sup>

So könnten nach der Argumentation des Kronberger Kreises theologische Gründe und Motive nicht gegen die Pläne der Regierung in Stellung gebracht werden, im Rahmen der EVG-Verhandlungen eine solche gemeinsame Verteidigung gegen den Ostblock zu erwägen. Folgerichtig ist dann auch, dass die Kronberger die konkrete Frage nach der Wiederaufrüstung als rein politische Ermessensfrage ansahen, für die die Kirche nicht zuständig sei. Mit der Botschaft, Christen könnten gewissenmäßig keine andere Entscheidung treffen, als den Dienst an der Waffe zu verweigern – wie sie im Herbst 1950 aus Darmstadt zu hören gewesen war – überschreite die Kirche ihr ganz grundlegendes Mandat, den Friedenswillen des deutschen Volkes zu befestigen. Darüber hinaus könne auch der einzelne Christ zu verschiedenen politischen Ansichten zur Wiederbewaffnung kommen, weil es sich nicht um eine Frage des Glaubens handle<sup>87</sup>:

---

83 Vgl. *ebd.*, 14f.

84 Vgl. *ebd.*, 15.

85 *Ebd.*

86 *Ebd.*

87 Vgl. *ebd.*, 14f.

„Jeder Christ muss als *deutscher Bürger* sich den Ernst der hier beschriebenen Gefahren vergegenwärtigen und sich nach bestem Wissen und Gewissen eine *politische* Meinung zu bilden suchen.“<sup>88</sup>

Im Ganzen muss die Denkschrift damit als eine klare Zustimmung zur Wiederbewaffnungspolitik Adenauers gesehen werden<sup>89</sup>.

Nicht nur der Wiesbadener Kurier berichtete am 19. Februar 1952 von der Denkschrift. Der Historiker Thomas Sauer spricht von 20 bis 25 Tageszeitungen, die Müller zur Veröffentlichung im Blick hatte<sup>90</sup>. In einem Pressespiegel im Archiv der Evangelischen Akademie Bad Boll finden sich allein zehn Artikel in regionalen und überregionalen Tageszeitungen<sup>91</sup>. Die Neue Württembergische Zeitung in Göppingen notierte ebenfalls, dass eine „Denkschrift der Landesbischöfe“<sup>92</sup> erschienen sei, und die Düsseldorfer Tageszeitung Der Mittag sprach davon, dass sich „die westdeutschen evangelischen Bischöfe und eine große Anzahl führender Theologen und Laien“<sup>93</sup> zustimmend zu einer Wiederbewaffnung geäußert hätten. Dabei orientierten sich viele Zeitungen an den Formulierungen der Pressemitteilung Müllers, in der er davon sprach, dass „[f]ührende evangelische Theologen und Laien Westdeutschlands“<sup>94</sup> eine Entschliebung an den Rat der EKD geschickt hätten, die aber ebenfalls unterzeichnet sei von „sämtlichen Landesbischöfen Westdeutschlands“<sup>95</sup> – was nicht stimmte, wie schon einleitend notiert wurde. Sauer ist der gut begründeten Meinung, dass es sich wohl kaum um ein Versehen Müllers handelte, sondern er diese Vereinfachung und Übertreibung sehr bewusst in Kauf nahm, zumal er zusätzlich die Existenz des Kronberger Kreises

---

88 *Ebd.*, 16, Hervorhebungen durch den Autor.

89 Vgl. Sauer, Thomas: Der Kronberger Kreis. Christlich-konservative Positionen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Ders. (Hg.): Katholiken und Protestanten in den Aufbaujahren der Bundesrepublik (KoGe 21). Stuttgart 2000, 121–147, hier: 125.

90 Vgl. Sauer, Westorientierung (wie Anm. 6), 100.

91 Vgl. Archiv EAAB AZ 90-3.

92 *Denkschrift der Landesbischöfe: Wehrbeitrag – eine Frage der Politik*. Die Kirche hat hier nicht über ja oder nein zu entscheiden. In: Neue Württembergische Zeitung Nr. 42 vom 19.2.1952.

93 *Wehrbeitrag und christliches Gewissen*. In: Der Mittag Nr. 42 vom 19.2.1952.

94 Pressemitteilung Eberhard Müllers (wie Anm. 2).

95 *Ebd.*

und seine Urheberschaft für die Denkschrift bis in seine Autobiographie hinein nicht öffentlich machte<sup>96</sup>, so dass erst die Zeitgeschichtsforschung Mitte der 1990er Jahre auf den Kreis aufmerksam wurde<sup>97</sup>.

Unterstützt von den unter dem Text der Denkschrift mitaufgeführten Amtsbezeichnungen der Unterzeichnenden musste – und sollte – es insgesamt so wirken, als ob alle westdeutschen Bischöfe und mit ihnen die Landeskirchen, denen sie vorstanden, der Wiederbewaffnungspolitik Adenauers zustimmten. Damit hatte Müller Erfolg, wie schon Sauer resümiert: „Den Wiederbewaffnungsgegnern war damit eine schwere Niederlage beigebracht worden.“<sup>98</sup>

Deren Reaktionen ließen auch kaum auf sich warten. Es gab inhaltliche Anfragen, wie sie der Herborner Probst Karl Herbert stellte – ein enger Vertrauter Niemöllers, der wiederum kurz zuvor zu einer mehrwöchigen USA-Reise aufgebrochen war<sup>99</sup>. Es ist gut vorstellbar, dass Müller, der wenig dem Zufall überließ, die Reise des Außenamtsleiters der EKD einkalkuliert hatte, als er die Denkschrift erst im Februar 1952 an die Öffentlichkeit gab, um eine schnelle, öffentliche Entgegnung Niemöllers zu behindern. Sogleich ging es aber auch wieder um formale Fragen. In einem Brief von Anfang März wiesen u. a. Herbert und Held zusammen mit Ernst Wilm, dem Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, darauf hin, dass längst nicht alle leitenden Geistlichen der westdeutschen Landeskirchen – sie eingeschlossen – unterzeichnet hätten<sup>100</sup>:

„Glauben Sie, daß unserer gemeinsamen Verantwortung [...] mit solchen einseitig zustande gekommenen Erklärungen gedient ist,

---

96 Vgl. Sauer, Müllers Mitarbeit (wie Anm. 76), 55; und Müller, Eberhard: Widerstand und Verständigung. 50 Jahre Erfahrungen in Kirche und Gesellschaft 1933–1983. Stuttgart 1987, 126 sowie 130f.

97 Vgl. Sauer, Westorientierung (wie Anm. 6), 102.

98 Sauer, Müllers Mitarbeit (wie Anm. 76), 53.

99 Vgl. Herbert, Karl: Unsere Fragen, die diese Entschließung sehr fragwürdig machen. In: Die Stimme der Gemeinde 4 (1952), 73–76.

100 Vgl. Brief von Ernst Wilm u. a. an die unterzeichnenden Bischöfe. In: KJ 79 (1952), 17f.

zumal wenn sie so in die Öffentlichkeit gebracht werden, als seien sie die Stimme der Evangelischen Kirche?<sup>101</sup>

Dieses Missverständnis mache sie sehr betroffen, zumal die Bischöfe damit nun genau das getan hätten, was Niemöller und Heinemann vorgeworfen worden war, nämlich der eigenen persönlichen Stellungnahme einen kirchenoffiziellen Anstrich und damit mehr Gewicht in der Debatte geben zu wollen<sup>102</sup>. Der Brief endet mit dem Ausdruck der „ernsten Besorgnis, daß die Gemeinschaft zwischen uns nicht zerreiße“<sup>103</sup> – einer doch deutlichen Anspielung auf die potenziell kirchenspaltende Entwicklung der Debatte.

### 3. Ein Diskurs um die protestantische Debattenhoheit

Die Denkschrift „Wehrbeitrag und christliches Gewissen“ war eine Zäsur für die Wiederbewaffnungsdebatte im Protestantismus, weil sie so oder so deutlich machte, dass weite Teile des westdeutschen Protestantismus die laute Kritik Heinemanns, Niemöllers, Mochalskis und der Bruderschaften der Bekennenden Kirche an der Politik der Regierung nicht teilten<sup>104</sup>. Die Denkschrift kommt so nicht allein als ein inhaltlich pointierter Debattenbeitrag zur Wiederbewaffnungsfrage in den Blick, sondern als der Versuch, für den lutherisch-konservativen Flügel des Protestantismus die Debattenhoheit zu erlangen bzw. zurückzugewinnen. Indem Müller viel Aufwand betrieb, um vor der Veröffentlichung eine breite Unterstützung der westdeutschen Kirchenführer, aber auch von den Leiterinnen und Leitern evangelischer Verbände einzuholen sowie am Ende gar die Pressemitteilung aufbauschte, ging es ihm darum, Einfluss in der Debatte zu reklamieren und die Denkschrift als die Stimme des eigentlichen westdeutschen Protestantismus in seiner Breite erscheinen zu lassen. Es sollte deutlich werden, dass nicht Niemöller und Heinemann allein für den westdeutschen Nachkriegsprotestantismus standen und sprachen. Neben der inhaltlichen Diskussion um die Wiederbewaffnung schwang in der Debatte so immer die Frage mit, wer eigentlich be-

---

101 *Ebd.*, 18.

102 Vgl. *ebd.*, 17.

103 *Ebd.*, 18.

104 Vgl. *Sauer*, Westorientierung (wie Anm. 6), 103.

rechtigerweise für den westdeutschen Protestantismus in der Öffentlichkeit die Stimme erheben dürfe. Einfacher gesagt ging es letztlich um Macht, die diskursiv in der Debatte ausgehandelt wurde.

Unter Rückgriff auf Michel Foucault versteht Andrea Seier das Verhältnis von Macht und Diskursen als ein dynamisches Netz, in dem nicht nur Diskurse durch eine zentrale Diskursmacht gesteuert werden, sondern Macht dezentral und relational in diese Diskurse eingeflochten ist und selbst diskursiv ausgehandelt wird<sup>105</sup>. Das bietet eine hilfreiche Analyseperspektive auf die Debattenbeiträge, die sie tiefer aufzuschlüsseln helfen. Sie treten nun als „Bestandteile von Machtstrategien“<sup>106</sup> hervor. Deutlich wird dann die „taktische Funktion, die ‚taktische Polyvalenz‘ einzelner Diskurse und Diskurselemente innerhalb eines vielfältigen und beweglichen Kräfteverhältnisses“<sup>107</sup>. In dieser Perspektive ist bezeichnend, dass sich in allen hier behandelten Beispielen die Frage wiederfindet, ob diejenigen Personen, die sich von protestantischer Seite jeweils zur Frage der Wiederbewaffnung und Westintegration äußerten, dies als Einzelpersonen, als protestantische Gruppierung oder gar in kirchenoffizieller Funktion taten. Lydia Lauxmann hat präzise herausgearbeitet, dass dies durch ein öffentlich-mediales Bedürfnis nach Aufklärung darüber hinterlegt war, wer für den Protestantismus und die evangelische Kirche sprechen könne<sup>108</sup>. Dabei ist sehr häufig der taktisch-strategische Versuch zu beobachten, sich zumindest den Anschein einer breiteren und kirchenoffiziellen Basis zu geben – sei es, indem Mochalski die ohne offizielles Mandat in Darmstadt zusammengekommenen linksprotestantischen Vertreter kirchlicher Bruderschaften in die Nähe der Bruderräte rückte, sei es indem Müller taktisch geschickt versuchte, sowohl beim Treffen von Königswinter als auch bei der Veröffentlichung der Denkschrift „Wehrbeitrag und christliches Gewissen“ den Eindruck zu erwecken, die wichtigsten Vertreter der westdeutschen protestantischen Kirchen hätten ge-

---

105 Vgl. *Seier*, Andrea: Kategorien der Entzifferung: Macht und Diskurs als Analyseraster. In: Bublitz, Hannelore u. a. (Hg.): *Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults*. Frankfurt a. M. / New York 1999, 75–86, hier: 79–85.

106 *Ebd.*, 80.

107 *Ebd.*, 81.

108 Vgl. *Lauxmann*, Verantwortung (wie Anm. 32), 17–19.

schlossen der Adenauerpolitik zugestimmt. Die Erwiderungen aus dem jeweiligen innerprotestantischen Gegenlager wiederum lassen durchblicken, wie empfindlich die Protagonisten auf diese Versuche reagierten. Anders gesagt: die Akteure scheinen sich durchaus bewusst gewesen zu sein, dass neben der Frage der Wiederbewaffnung immer auch die Frage nach den Kräfteverhältnissen im Nachkriegsprotestantismus mitverhandelt wurde. Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung, die so manchmal geradezu in den Hintergrund trat, resultierte die besondere Schärfe der Debatte allzu oft aus den diskursiven Ansprüchen der einzelnen Beiträge, für die ganze Kirche respektive den ganzen westdeutschen Protestantismus sprechen zu wollen. Nicht umsonst sah sich der Ratsvorsitzende genötigt, wechselseitig beide Flügel zu ermahnen, sich nicht anzumaßen, im Namen der gesamten EKD sprechen zu wollen<sup>109</sup>.

Das Ringen um die protestantische Debatten- und Deutungshoheit in der Wiederbewaffnungsfrage überrascht allein schon deshalb nicht, weil diese wohl als die wichtigste gesellschaftliche Debatte der frühen 1950er Jahre in der Bundesrepublik gelten muss<sup>110</sup>. Hinzu kam jedoch, dass der Nachkriegsprotestantismus insbesondere nach den Verwerfungen im Nationalsozialismus nach wie vor in einem Prozess der Selbstfindung begriffen war, in dem erst geklärt werden musste, wie seine langfristigen Strukturen aussehen würden und wer sich wie und mit welchen Mandaten zu gesellschaftlichen Fragen äußern konnte<sup>111</sup>.

So war es etwa keineswegs selbstverständlich, dass die Bekennende Kirche in Form ihres Bruderrates nach Gründung der EKD parallel weiterexistierte<sup>112</sup>. Das wurde auch in der Bekennenden

---

109 Dieser Diskurs setzte sich im Laufe der 1950er Jahre noch fort, etwa im Umfeld des sogenannten Düsseldorfer Worts der 27, in dem sich 27 führende und kirchenleitende Protestanten Ende 1954 aus Anlass der Pariser Verträge kritisch mit den Wiederbewaffnungsplänen auseinandersetzten. Bis in die Plenarsitzung des Bundestags hinein wurde diskutiert, mit welchem Mandat und für wen sie eigentlich sprachen. Vgl. *Meyer-Magister*, Wehrbeitrag (wie Anm. 8), 291–294; und *Hoeth*, Wiederbewaffnung (wie Anm. 17), 327–337.

110 Vgl. etwa: *Schubert*, Wiederbewaffnung (wie Anm. 15). 7.

111 Vgl. dazu ausführlich: *Laußmann*, Verantwortung (wie Anm. 32).

112 Vgl. *Ludwig*, Hartmut: Deutung und Umdeutung des Kirchenkampfes. Geschichtsinterpretation als Kampf um Deutungshoheit heute. In: Höpp-

Kirche selbst problematisiert<sup>113</sup> und von Niemöller so beantwortet, dass der Bruderrat als bleibender Wächter der EKD beigeordnet werden sollte<sup>114</sup>. Obwohl der Reichsbruderrat im Nationalsozialismus auch lutherisch-konservative Kräfte in der Bekennenden Kirche umfasst hatte und dem Bruderrat der EKD Vertreter aus allen Landeskirchen angehörten, wurde das Erbe der Bekennenden Kirche nach 1945 diskursiv mehr und mehr ausschließlich für den linken, bruderrätlichen Nachkriegsprotestantismus reklamiert und schmolz schließlich zu einer Interessenvertretung des Linksprotestantismus zusammen<sup>115</sup>. Dabei spielten die Neuaufbrüche und sich bildende Kreise und Gruppen im linken Nachkriegsprotestantismus eine wichtige Rolle und traten zunächst in Konkurrenz zur hergebrachten Struktur – etwa die Kirchlich-Theologische Arbeitsgemeinschaft, die bisweilen als zweiter Reichsbruderrat gesehen wurde<sup>116</sup>. Gerade auch die insgesamt drei Treffen jüngerer Vertreter der Bekennenden Kirche in Darmstadt Anfang der 1950er Jahre verstärkten langfristig die benannte Tendenz. Durch den debatten- und diskursmächtigen Auftakt im Oktober 1950 mit dem Flugblatt „An die Gewehre? Nein!“ wurde die bruderrätliche Tradition der Bekennenden Kirche mit der Zeit immer stärker mit den jungen Bruderschaften der Bekennenden Kirche assoziiert, die in den kommenden Jahren den Bruderrat faktisch übernahmen und so zur kirchenpolitischen Polari-

---

ner, Reinhard / Perels, Joachim (Hg.): Das verdrängte Erbe der Bekennenden Kirche. Stuttgart 2012, 39–81, hier: 46.

113 Vgl. *Scherffig*, Wolfgang: Soll die Bekennende Kirche weiterbestehen? In: *Evangelische Theologie* 9 (1949), 270–285.

114 Vgl. *Niemöller*, Martin: Ansprache zur Eröffnung der Geschäftsstelle des Bruderrats. In: *KJ* 76 (1949), 80–83, hier: 81; und *ders.*: Nachschrift der Ansprache an die Teilnehmer der Kirchenkonferenz (1945). In: *Besier, Gerhard / Ludwig, Hartmut / Thierfelder, Jörg* (Hg.): *Der Kompromiss von Treysa. Die Entstehung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 1945* (Schriftenreihe der Pädagogischen Hochschule Heidelberg 24). Weinheim 1995, 290–295, hier: 291.

115 Vgl. *Doering-Manteuffel*, Kirchen (wie Anm. 9), 323; und *Vogel*, Wiederbewaffnung (wie Anm. 53), 135.

116 Vgl. *Permien*, Andreas: *Protestantismus und Wiederbewaffnung 1950–1955. Die Kritik in der Evangelischen Kirche im Rheinland und der Evangelischen Kirche von Westfalen an Adenauers Wiederbewaffnungspolitik – zwei regionale Fallstudien* (SVRGK 112). Köln 1994, 36.

sierung der EKD beitrugen<sup>117</sup>. Ende der 1950er Jahre fanden diese Bruderschaften zudem eine neue Organisationsform in den dann sogenannten Kirchlichen Bruderschaften<sup>118</sup>, die im Widerstand gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr ein erhebliches Gewicht in den protestantischen Debatten erlangten – bis hin zum Versuch, einen neuerlichen *status confessionis* nach dem Vorbild und Modus des Kirchenkampfes zu erklären.

Mit Müller trat Anfang der 1950er Jahre ein geschickter und gewiefter Gegenspieler des Linksprotestantismus auf den Plan, der es verstand, die lutherisch-konservativen Kräfte in der Wiederbewaffnungsfrage zu mobilisieren und auch öffentlich klarzumachen, dass die linksprotestantische Agitation gegen Adenauer längst nicht als die Stimme des Protestantismus an sich zu verstehen sei. Nicht zuletzt mit der Denkschrift „Wehrbeitrag und christliches Gewissen“ gelang es ihm, in Erinnerung zu rufen, dass es sich bei den linksprotestantischen Anwürfen zwar um laute, aber insgesamt wohl doch Anfang der 1950er Jahre minoritäre Rufe im bundesdeutschen Protestantismus handelte – was wohl stimmen dürfte, wenn man bedenkt, dass der Rückhalt in der Bevölkerung für Adenauer und die CDU bei der Wahl 1953 seinen Höhepunkt erreichte und die generelle Unterstützung der Politik des Kanzlers bei den konfessionell gebundenen Bürgerinnen und Bürgern – so auch bei den Protestantinnen und Protestanten – im Schnitt sogar noch etwas höher lag als in der Gesamtbevölkerung<sup>119</sup>.

Ähnlich wie auf linksprotestantischer Seite waren die Anfangsjahre der Bundesrepublik von zahlreichen Neugründungen und Reorganisationsprozessen von Gruppen, Kreisen und Strukturen auch im eher konservativen Protestantismus geprägt. Die Kirchentage, die Akademie und der Kronberger Kreis waren solche neuen Ansätze, um in der bundesrepublikanischen Gesellschaft und Öffentlichkeit das Protestantische zu verwirklichen. Nimmt man das Ergebnis der hier angestellten Überlegungen hinzu, dass in der Beteiligung an

---

117 Vgl. *Vogel*, Wiederbewaffnung (wie Anm. 53), 135.

118 Vgl. *Ludwig*, Deutung (wie Anm. 112), 47.

119 Vgl. *Geyer*, Michael: Der Kalte Krieg, die Deutschen und die Angst. Die westdeutsche Opposition gegen Wiederbewaffnung und Kernwaffen. In: Naumann, Klaus (Hg.): Nachkrieg in Deutschland. Hamburg 2001, 267–318, hier: 310.

gesellschaftlichen Debatten das innerprotestantische Kräfteverhältnis immer erst diskursiv mit ausgehandelt wurde, muss umso mehr dem Befund zugestimmt werden, dass die hier heuristisch für die Analyse vorausgesetzten zwei Lager oder Flügel des Nachkriegsprotestantismus sich in historischer Perspektive erst mit der Zeit und anlässlich der Auseinandersetzung um gesellschaftspolitische Fragen ausbildeten<sup>120</sup>. Viele der öffentlich exponierten protestantischen Akteure versammelten sich erst im Laufe der 1950er Jahre – angesichts ihrer theologischen und biographischen Vorprägungen und im Modus ihrer Beteiligung an gesellschaftlichen Debatten wie der um die Wiederaufrüstung – hinter den Bekenntnissen zweier „ethische[r] Konfessionen“<sup>121</sup>, die die ethischen Debatten im Protestantismus über Jahrzehnte prägen sollten.

#### 4. Zusammenfassende Bemerkungen

Die protestantische Denkschrift „Wehrbeitrag und christliches Gewissen“, die am 19. Februar 1952 im Vorfeld der Unterzeichnung des EVG- und Deutschlandvertrages der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, stellte einen Einschnitt in der protestantischen Beteiligung an der bundesdeutschen Wiederbewaffnungsdebatte dar: Zuvor war vor allem die linksprotestantische Opposition um Niemöller und Heinemann in der deutschen Öffentlichkeit als protestantische Stimme zu diesem Thema vernehmbar gewesen. Sie argumentierte mit scharfer Zunge und Feder gegen die Adenauerpolitik der Westintegration und Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und votierte selbst – in der Hoffnung auf ein bald wiedervereinigtes Deutschland – für einen waffenlosen, neutralen und blockfreien Kurs.

Die Denkschrift unterstützte nun klar die Haltung der Bundesregierung und kritisierte zugleich die bisherige protestantische Agitation dagegen. In dieser Deutlichkeit und Vehemenz war eine solche Stimme in der Bundesrepublik bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht

---

120 *Lepp*, Claudia: Entwicklungsetappen der Evangelischen Kirche. In: Dies. / Nowak: *Evangelische Kirche* (wie Anm. 10), 46–93, hier: 49.

121 *Huber*, Wolfgang / *Schwertfeger*, Johannes: Möglichkeiten und Grenzen des Friedenshandelns von Kirchen und christlichen Gruppen. In: Dies. (Hg.): *Kirche zwischen Krieg und Frieden* (Studien zur Geschichte des deutschen Protestantismus FBESG 31). Stuttgart 1976, 543–586, hier: 559.

erhoben worden. Die Schrift war verfasst worden im Kronberger Kreis, einem kleinen, verborgenen Lobbyzirkel um den Bad Bollener Akademiedirektor Müller, in dem dieser einflussreiche, lutherisch-konservative protestantische Persönlichkeiten der Nachkriegszeit versammelt hatte. Mit der Denkschrift trat so der lutherisch-konservative Flügel mit einem Paukenschlag in die öffentliche Wiederbewaffnungsdebatte ein. Im Laufe der 1950er Jahre sollte sich die Debatte um die Wiederbewaffnung bis hin zur möglichen Atombewaffnung der Bundeswehr als Konflikt zwischen dem linksprotestantischen und dem lutherisch-konservativen Flügel so zuspitzen, dass auf der sogenannten Ohnmachtssynode von 1958 die Frage der Spaltung der EKD konkret wurde<sup>122</sup>.

Es ging so in allen öffentlichen Debattenbeiträgen hintergründig auch immer um die Frage, wer sich eigentlich mit welchem Mandat in der Öffentlichkeit äußerte und äußern durfte.

„Immer wieder traten sowohl einzelne Christinnen und Christen als auch kirchliche Gremien wie die Bruderschaften oder die Landessynoden auf, als sprächen sie verbindlich für *den* Protestantismus als Ganzen, gerade auch dort, wo sie nur partiell geteilte Positionen vertraten.“<sup>123</sup>

Die Denkschrift illustriert das eindrücklich: Sie trug die Unterschriften zahlreicher westdeutscher Bischöfe. Müller behauptete gar gegenüber der Presse, alle Bischöfe hätten unterschrieben und gab ihr so einen quasi kirchenoffiziellen Anstrich. So ist die Denkschrift ein Paradebeispiel für die Versuche, in der Formierungsphase des Nachkriegsprotestantismus die Debattenhoheit zu beanspruchen und die eigene, partikuläre Position als die Stimme des Protestantismus an sich darzustellen. Im Ganzen gesehen gehen viele strukturelle und diskursive Entwicklungen und Formierungen, die den Protestantismus teilweise bis heute begleiten, zurück auf die Debatten der frühen

---

122 Vgl. dazu: *Meyer-Magister*, Wehrdienst (wie Anm. 8), 501–509.

123 *Lauxmann*, Verantwortung (wie Anm. 32), 32.

1950er Jahre – insofern wahrlich eine transformative „Zeit der Gärung“<sup>124</sup> der bundesdeutschen Protestantismusgeschichte.

---

124 Vgl. *Kublemann*, Frank-Michael: Nachkriegsprotestantismus in Westdeutschland. Religionssoziologische und mentalitätsgeschichtliche Perspektiven. In: Hey, Bernd / Becker, Joseph (Hg.): Kirche, Staat und Gesellschaft nach 1945. Konfessionelle Prägungen und sozialer Wandel (BWFKG 21). Bielefeld 2001, 23–59, hier: 26.